

Diskussion über das Rahmenabkommen CH/EU (InstA)

Argumente für Befürworter ('Instant-Reply')

Notwendige Anbindung der Schweiz an den EU Binnenmarkt

Das InstA als Schlüsselvertrag

Das InstA ist ein Schlüsselvertrag für die Schweiz, weil es den schweizerischen Schlüssel zum europäischen Binnenmarkt enthält. Direkt zu den 5 Bereichen Personenverkehr, Land- und Luftverkehr, Landwirtschaft und technische Handelshemmnisse. Ebenfalls den Schlüssel zur europäischen Integration der Schweiz in Bildung und Forschung, Digitalisierung, Umwelt und Klima sowie zu kulturellen Bereichen wie dem Film. Alles Bereiche, wo die Schweiz allein kaum etwas bewegen kann.

Exporte als Lebensblut der Schweiz.

Es ist unsere Exportwirtschaft, welche den europaweit freien Marktzugang braucht, d.h. einen Marktzutritt ohne diskriminierende Hemmnisse im Hinblick auf den Absatz ihrer Produkte in Übersee. Es sind diese leistungsstarken Bereiche, denen am Schluss auch die Kellner, Coiffeure, Vorarbeiter oder Krankenschwestern in unserem Land ihre im Vergleich zum Ausland höheren Löhne verdanken.

Massgeschneidertes Rahmenabkommen

Die zahlreichen Zugeständnisse der EU im Rahmenabkommen erlauben der Schweiz, ihren Sonderweg und die direkte Demokratie in Europa weiter zu gehen und gezielt am Binnenmarkt teilzuhaben. Sie bringen der Schweiz viele Vorteile und sind nicht selbstverständlich, sondern Ausdruck eines Goodwill der EU. Man muss sich auch in sein Gegenüber versetzen, um einen Vertrag besser zu verstehen

Lohnschutz

Das Rahmenabkommen anerkennt die flankierenden Massnahmen. Sie können fortan nicht mehr gerichtlich angefochten werden wie heute unter dem Freizügigkeitsabkommen. Diese Gewährleistung ist wichtiger als eine achttätige Voranmeldung per Velokurier. Vier Tage digital sind genug. Und Kautionen für säumige Unternehmer genügen dank der neuen Rechtshilfe im Binnenmarkt. Das EU Recht anerkennt heute gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Rahmenabkommen und Unionsbürgerrichtlinie

Wer übernimmt die Verantwortung für ausgesteuerte Personen, die hier gearbeitet Steuern bezahlt haben? Das ist die Frage, und nicht, ob arme EU Bürger in die Schweiz kommen können, um unsere Sozialwerke zu plündern. Denn nur wer sich über genügend Mittel ausweisen kann, bekommt alle fünf Jahre eine Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung.

Rahmenabkommen und Forschung

Die Beteiligung der Schweizer Forschung an den EU Forschungsprogrammen ist mit der europäischen Champions League im Fussball vergleichbar. Kann man nicht mitmachen, sinkt das Niveau, weil Wettbewerb und geistig Ressourcen nachlassen und die Forschung zur geschützten Binnenwerkstatt wird. Die 'Champions' hätten in der Schweiz kein Interesse mehr, in der Schweiz Forschung zu betreiben

Rahmenabkommen und Medizinaltechnik

Die Erneuerung der direkten Anbindung der schweizerischen Medizinalbranche an den Binnenmarkt ist ohne Paraphierung des Rahmenabkommens nicht möglich. Es geht um Zusatzkosten und bürokratischen Aufwand, sowie die drohende Verlagerung innovativer Arbeitsplätze ins Ausland – zum Nachteil der Jungen, aber auch von Kantonen und Gemeinden.

Pandemie : neue Lieferketten in Europa

Die Pandemie zeigt, dass weltweite Lieferketten zu Verletzlichkeit führen gegenüber Boykotte, Konflikte und Naturkatastrophen irgendwo auf der Welt. Derzeit überprüfen in der Schweiz viele Firmen ihre Wertschöpfungsketten. Man blickt nicht mehr nur auf die Kosteneffizienz der Lieferketten, sondern auch auf deren Stabilität. Geplant werden entsprechend eine Bevorzugung von geografisch näher gelegenen Anbietern (z.B. aus der Slowakei statt aus Malaysia) sowie ein Aufstocken der Lager (weniger Just-in-time-Lieferungen). All dies erhöht die Widerstandskraft der Unternehmen im Störfall; es verteuert aber auch die Produktion und hat zur Folge, dass Unternehmen, die aufgrund ihres relativ kleinen Heimmarktes wie etwa in der Schweiz grosse Nachteile wettzumachen hätten, wenn sie nicht mit einem viel grösseren Markt wie dem europäischen Binnenmarkt verbunden sind.

Entgegnungen auf Halbwahrheiten und Lügen der InstA-Gegner

Lügen, verdammte Lügen, Statistiken...

'Der Schweiz geht es heute ja besser als den umliegenden Staaten, die alle Eu-Mitglied sind'

Als Beleg wird das je Nationalstaat berechnete BIP pro Kopf an. Ebenso könnte man argumentieren, dass Luxemburg ein um 50% höheres BIP pro Kopf als die Schweiz ausweist, und dies obschon es bereits Gründungsmitglied der EWG war. Solche Vergleiche sind nur zulässig mit den Regionen rund um die Schweiz. In Baden-Württemberg, im Vorarlberg, in der Genferseeregion und im Elsass sowie in der nördlichen Lombardei ist der Lebensstandard kaufkraftbereinigt ungefähr auf dem Stand der angrenzenden Schweiz.

'Sich arrangieren' gefährdet den Wirtschaftsstandort Schweiz:

'Die Schweizer Wirtschaft kann auch ohne Binnenmarktzugang prosperieren, indem sich die Firmen bei ihrer Expansion arrangieren'.

Es geht beim InstA um den Wirtschaftsstandort Schweiz, d.h. um die Arbeitsplätze und die Wertschöpfung der Unternehmen in der Schweiz selbst. Wodurch sich dann ein hohes Lohnniveau in der Breite der Schweizer Wirtschaft ergibt. Selbst wenn sich die Unternehmen „arrangieren“ können, geht dies in vielen Fällen ganz unmittelbar zu Lasten des Standorts Schweiz, etwa wenn das „arrangieren“ darin besteht, nicht mehr in der Schweiz, sondern im EU-Raum zu expandieren.

Vogelscheuchen der InstA-Gegner wie 'Souveränität', 'Guillotine', 'Rechtsübernahme' und der 'Europäische Gerichtshof, EuGH'.

Souverän ist ein Staat dann, wenn er frei entscheiden kann. Dies kann allein sein oder aber - weil Herausforderungen für einen einzelnen Staat zu gross sind - gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern. Das nennt man **geteilte Souveränität**. So wie die Schweiz im Binnenmarkt oder im Schengenraum dies getan hat; beidem haben eine Mehrheit von Schweizerinnen und Schweizer zu verschiedenen Malen zugestimmt.

Sich wie Marie-Antoinette vor der Guillotine zu fürchten ist erstens der Schweiz nicht würdig und hat zweitens keinerlei Berechtigung. Die **Vertrags-Guillotine** in unseren Verhältnis zur EU bedeutet, dass beide Seiten das Recht haben, einen oder mehrere Verträge zu kündigen. Das war schon immer so, und wird so bleiben.

Tatsache ist, dass die Schweiz seit Jahr und Tag **EU-Recht** mit dem Prozess des Nachvollzuges übernimmt. Das gilt für einen grossen Teil aller Gesetze, ganz einfach, weil nichts anderes möglich ist. Würden wir das nicht tun, wäre die im Herzen von Europa liegende Schweiz bald einmal von ihren Nachbarn mit 'Gesetzesmauern' à la Trump getrennt.

Das komplizierte **Schiedsgerichtsverfahren** im InstA - Juristen sind immer kompliziert - gibt der Schweiz das mögliche Höchstmass von Mitbestimmung in den voraussichtlich seltenen Streitfragen; dabei werden sich EU und die Schweiz wiederum in den meisten dieser bereits seltenen Fälle im Rahmen dieses Verfahrens einigen. Dass das EuGH (aller)letzte Instanz im EU-Binnenmarkt ist erscheint normal. Gemeinsame Institutionen, welche auf denselben Regeln aufbauen brauchen auch eine gerichtliche Instanz. Die Schweiz hat sich mit Blick auf

zahlreiche Vorteile dem bestehenden und ständig ausgebauten EU-Binnenmarkt angeschlossen und nicht einem 'anderen' und zudem stationären Markt zwischen der Schweiz und 27 EU-Mitgliedern.

Brexit will eine schweizerische Mehrheit nicht.

Die EU möchte grundsätzlich alle Marktzugangsabkommen der Schweiz dem Rahmenabkommen unterstellen, denn der «Binnenmarktzauber» ist nur als Ganzes möglich: entweder will ihn die Schweiz, im Interesse ihrer Exportindustrie und der generellen Wohlfahrt ihrer Bevölkerung oder sie verschmäht ihn. Wie alle bisherigen Europa-Abstimmungen gezeigt haben, will tatsächlich eine grosse Mehrheit aller Schweizerinnen und Schweizer den Binnenmarkt - mit den vier Freiheiten Güter, Dienstleistungen, Kapital, Personen - und nicht ein simples Freihandelsabkommen mit Zollerleichterungen lediglich auf Gütern wie Großbritannien nach dem Brexit.

Finanzinteressen und Rahmenabkommen

Die Widerstände gegen das Rahmenabkommen aus Zug (Kompass Europa) bedienen Finanzinteressen und bezwecken die Abwehr einer künftig stärkeren Aufsicht in der Schweiz. Ihr Vorbild ist Brexit ('Global Britain'), aber Baden-Württemberg wird auch morgen der wichtigste Handelspartner der Schweiz sein ebenso wie der EU-Binnenmarkt Garant unserer Arbeitsplätze darstellt.

Dieses 'Instant'-Argumentarium soll zur schnellen Antwortgebung in Diskussionen, vor allem in mündlichen Interviews und Streitgesprächen dienen. Es basiert auf einer der 'Tweetserie' der Plattform Schweiz-Europa Mitglied 'Die Schweiz in Europa' (Th. Cottier) sowie auf einem Manifest des Plattform Mitgliedes Nebs (Neue europäische Bewegung Schweiz). Redigiert und teilweise erweitert durch Texte aus dem Unterstützungskomitee der Plattform.

Es besteht auch ein 'in depth'-Argumentarium zur fundierten und ausführlicheren Darstellung in primär schriftlichen Stellungnahmen, aufgebaut nach demselben Muster.

Von Daniel Woker